

Kantone verlangen Nachbesserung bei Fair- Preis-Gegenvorschlag

Der Bundesrat muss den Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative nachbessern. Das verlangen die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren.



Der Gegenvorschlag sei abzulehnen, wenn die von alt Ständerat Hans Altherr eingebrachte Änderung nicht aufgenommen würde, so die Direktorenkonferenz.

Die parlamentarische Initiative des ehemaligen Ständerats Altherr (FDP/AR) will mittels der Änderung des Kartellgesetzes den faktischen Beschaffungszwang im Inland bei gewissen Herstellern abschaffen. Dieser Beschaffungszwang verteuert Importprodukte durch einen Schweiz-Zuschlag.

Hinter der Fair-Preis-Initiative stehen die Stiftung für Konsumentenschutz, hotelleriesuisse, Gastrosuisse und der Wirtschaftsverband Swissmechanic, der 1400 KMU in der Maschinen-, Elektro- und Metallbranche vereint. Das Volksbegehren war im vergangenen Dezember eingereicht worden. Die Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag dauert bis am 22. November 2018.

Im weiteren verabschiedete sich die Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektorinnen und -direktoren (VDK) an ihrer Jahresversammlung vom Donnerstag in La Chaux-de-Fonds (NE) vom scheidenden Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Als Ersatz für die durch Direktionswechsel ausgeschiedenen Pierre Maudet (GE) und Jon Domenic Parolini (GR) wählte die Konferenz den Thurgauer Regierungsrat Walter Schönholzer und den Freiburger Staatsrat Olivier Curty in den Vorstand. (sda)

Publiziert am Freitag, 09. November 2018